ganz offen die Forderung nach der Einbeziehung Hugenbergs in die Regierung erhebt.

Jetzt zeigt sich, daß Severing-Preußen, das „Bollwerk der Demokratie", nichts anderes ist, als das Bollwerk der Brüning-Diktatur, der Diktatur, die den Faschismus in Deutschland Schritt für Schritt durchführt. Die sozialdemokratischen Führer sagten: Ein Sieg des roten Volksentscheids bedeutet die Uebernahme der Macht durch Hugenberg und Hitler. Was aber zeigt sich jetzt? **Die Hugenberg und Hitler waren am Tage des Volksentscheids die Geschlagenen.** Sie waren es dank des kühnen Angriffs der Kommunistischen Partei, die die faschistische Demagogie entlarvte, und durch den roten Volksentscheid die Massen in revolutionärer Linie mobilisierte. Was aber tun jetzt die sozialdemokratischen Führer angesichts dessen, daß Brüning die Geschlagenen zum Sieger erheben will, indem er sie **für Regierungsposten** vorschlägt? Alle sozialdemokratischen Arbeiter sollen es erfahren, alle diejenigen, die durch die skrupellose Hetze ihrer Führer in den letzten Wochen verwirrt wurden: **Die Braun und Severing sind im Begriff, die geschlagenen Faschisten auf den Thron zu heben.** Das ist das wesentliche Kennzeichen der Stunde.

Vor wenigen Tagen posaunten die sozialdemokratischen Führer einen Sieg heraus, und am Donnerstag, dem 13. August, muß der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Breitscheid, in einem Leitartikel die Frage stellen: „Will Brüning Anlehnung nach rechts suchen?" Die Binde, die die sozialdemokratischen Führer den sozialdemokratischen Arbeitern vor die Augen gebunden haben, wird mit einmal zerrissen. Was sagen denn nun die sozialdemokratischen Führer zu der Tatsache, daß Brüning nunmehr offene Front mit Hugenberg machen will? Breitscheid macht, um die Form zu wahren, eine erkünstelte Geste „gegen" die Einbeziehung Hugenbergs, erinnert Brüning, daß die SPD burgfriedlich mit dem Kapital durch dick und dünn geht, bittet „um Klarstellung", obwohl Brünings Absicht der Einbeziehung Hugenbergs ganz klar ist, und schreibt:

„Die Sozialdemokratie hat bei dem Verhältnis, in dem sie zur Reichsregierung steht, nicht das Recht, ihr irgendwelche Vorschriften über die Gestaltung der parteipolitischen Grundlagen ihrer Arbeit zu machen".

Kann es eine widerlichere Unterwürfigkeit geben, als sie aus diesen Worten von Breitscheid spricht? Die Sozialdemokratie hat das **Recht, allen Notverordnungen Brünings zustimmen** zu dürfen. Sie hat das Recht, Brüning zu helfen beim Abbau der Erwerbslosen-Unterstützungen, bei der Erhebung von Massensteuern, bei der Erhebung von Wucherzöllen — aber das Recht, Brüning auch nur dreinzureden, hat die Sozialdemokratische Partei nicht. Sie dürfen Brüning die Stiefel lecken, das ist alles. Wenn Brüning den Reichstag nach Hause schickt, sagen die Wels und Konsorten: **Einverstanden.** Wenn Brüning die Verfassung außer Kraft setzt, sagen die Breitscheid und Konsorten: **Einverstanden.**

Die Bourgeoisie wird sich natürlich, unter Fußtritten für die SPD, der Wels und Breitscheid zur Durchführung der Massenausplünderung und der faschistischen Diktatur weiter bedienen, und dabei zum gleichen Zwecke die Hugenberg und Co. offener heranziehen.

Für die sozialdemokratischen Arbeiter heißt es aber jetzt erst recht: Keine Minute mehr zusammen mit den Führern, die die deutsche Arbeiterschaft Schritt um Schritt dem Faschismus ausliefern werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter verstehen jetzt **immer mehr den Sinn des roten Volksentscheids** der Kommunistischen Partei gegen die Preußen-Regierung. Heute steht klar und eindeutig als Ergebnis des Volksentscheids vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse fest: Die Geschlagenen sind die sozialdemokratischen Führer, die Sieger sind die Kommunisten, die viele Millionen um ihr Banner gesammelt haben und die durch den roten Volksentscheid bei tausenden und abertausenden sozialdemokratischen Arbeitern die demokratischen Illusionen über „kleinere Uebel" zerstört haben.

„Verwaltungsreform" in Preußen

Breite Massen haben bereits erkannt, daß Preußen keine Zitadelle der Demokratie", sondern daß das Preußen Severings die Hauptstütze des faschistischen Brüningkurses ist. Wer das noch nicht erkannt hat, für den wird die „Verwaltungsreform", die Braun-Severing jetzt durchführen wollen, sehr lehrreich sein. Die Zahl der Abgeordneten soll auf 300 herabgesetzt werden und das Ziel überhaupt ein Aufgehen Preußens im Reiche sein. Es handelt sich hier um nichts anderes als dadrum, daß erstens die Sozialdemokratie **Angst vor Neuwahlen hat** und daß sie zweitens durch ein Aufgehen Preußens im Reiche hofft, die 300 000 Posten, die sie in Preußen besetzt hat und die sie nach der Neuwahl zu verlieren fürchtet, durch die Vereinigung Preußens mit dem Reiche wenigstens zum Teil retten zu können. Darüber hinaus handelt es sich um eine **Zentralisierung des Machtapparates zur noch schärferen Niederhaltung der Massen.**

SPD-Blatt bestätigt den roten Sieg

Eingeständnis der Breslauer SPD-Zeitung über die Volksentscheidsaktion der KPD / Die „nationale Opposition" entlarvt sich wieder als Brüning-Agentur

Die sozialdemokratische „Volkswacht", das Breslauer Organ der SPD schreibt in einer Betrachtung über den Ausgang des Volksentscheids in ihrer Montag-Nummer:

„**Es ist völlig falsch, wenn die Deutsche Allgemeine Zeitung, eines der verlogensten und unsachlichsten Hetzblätter Deutschlands** (das nebenbei bemerkt vollkommen in die Kerbe der SPD haut Anm. der Red. der Red.) **das Scheitern auf die schlechte Stimmabgabe der Kommunisten zurückführt. Das wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß einige Städte, die als Hochburgen der Kommunisten bekannt sind, so z. B. Halle, Remscheid und Wittenberg, weit mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten für den Volksentscheid aufgebracht haben.**"

Wir haben diesen Ausführungen nur noch hinzuzufügen, daß es ein Zeichen der politischen Verkommenheit der Sozialdemokratischen Partei ist, wenn sie einerseits vom Zusammengehen der Kommunisten mit den Faschisten sprechen und anderseits den **politischen Erfolg der Kommunisten** gegenüber dem faschistischen Volksentscheid und der Prüfenregierung anerkennen müssen. Wer politisch so bankrott ist, wie die sozialdemokratische Partei, dem bleibt **eben nichts anderes übrig, als die Verstärkung der Hetze und des blutigen Terrors gegen die siegreiche kommunistische Bewegung.**

Der Terror, den die SPD-Führer, die angeblichen Hüter der „Demokratie" und wirklichen sozialfaschistischen Agenten Brünings, ausüben, wird durch folgendes gekennzeichnet: In der sozialdemokratischen Märkischen Volksstimme vom 7. August erschien folgende Bekanntmachung:

„Achtung! Volksentscheid!

Welzow (Lausitz). Laut Beschluß der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei werden am Sonntag zum Volksentscheid die Abstimmungslokale überwacht. Es wird eine genaue Kontrolle durchgeführt, um alle Volksverderber öffentlich festzustellen. Die Listenführer für die einzelnen Abstimmungslokale haben sich pünktlich um 8 Uhr in den betreffenden Lokalen einzufinden."

In anderen sozialdemokratischen Zeitungen erschienen ähnliche Bekanntmachungen. So wurde der Terror ausgeübt.

*

Der Ausgang des Volksentscheids hat in der Front der sogenannten „nationalen Opposition" eine wahre Niedergangsstimmung erzeugt. Offener noch als bisher nehmen die Seldte, Hugenberg, Hitler u. Co. den Kurs auf die Brüning-Politik. Während die Nationalsozialisten dies in vorsichtiger, versteckter Form machen, schickt die Deutschnationale Partei Hugenberg zu Brüning, um mit ihm über die Einbeziehung in die Regierung zu verhandeln. Noch weiter geht ein anderer Flügel der „nationalen Opposition". Die Gruppe um den „Friederiko", einem Blatt, das im faschistischen Lager mit am lautesten für den nationalen Volksentscheid eingetreten ist, schwenkt ganz offen in die Brüning-Politik ein. In der 2. Augustausgabe des „Friderikus" schreibt der Herausgeber des Blattes, der bekannte Reichshalt, in einem Artikel „Das Erfüllungsexperiment" u. a.:

„**Denn das möchte ich hier laut und feierlich verkünden: Wer uns aus den Ketten der Tributpflicht erlöst, dem sind wir zu Dank verpflichtet, ganz einerlei, welcher parteipolitischen Richtung er angehört. Das bedeutet, wenn Dr. Brüning der Mann sein sollte, keine Preisgabe unserer politischen Weltanschauung ... Dem, der der Tributsklaverei ein Ende bereitet, soll man nicht vorwerfen, daß der Gang der Handlung lang und beschwerlich gewesen ist und daß man es leichter hätte haben können. Ihm soll man nur dafür danken, daß ihm die Befreiung gelungen ist. Dieses Dankes — auch der nationalen Opposition — würde Dr. Brüning gewiß sein, wenn sein Experiment glückt.**"

Das ist die Demaskierung der „nationalen Opposition" als der Komplizen und Bundesbrüder der Brüning-Severing.

Freiberger Nazis überfallen Reichsbannerarbeiter

Polizei schießt auf SPD-Arbeiter Preußischer Regierungsvertreter bei Stahlhelmbeerdigung

In Freiberg überfielen Nationalsozialisten einen Trupp Reichsbannerarbeiter, die an der RB-Kundgebung auf dem Obermarkt teilgenommen hatten. Die Nazis wurden jedoch in die Flucht geschlagen, nachdem einer ihrer Anführer erheblich verletzt worden war.

Nach einer Versammlung in Striegau in Schlesien kam es zu Zusammenstößen, wobei ein Reichsbannermann von einem Gendarmen schwer verletzt wurde. Ein anderer erhielt einen Beinschuß. Er gehört der Sozialdemokratischen Partei an. Eine zu diesen Vorfällen sofort einberufene Protestversammlung der Roten Hilfe wurde verboten.

In Köln wurde ein Arbeiter mit der Beschuldigung verhaftet, er habe den Stahlhelmführer Heister, der bei einer Auseinandersetzung getötet worden ist, niedergeschossen. Der Verhaftete bestritt jede Schuld. An den Beisetzungsfeierlichkeiten, die zu einer faschistischen Demonstration des Stahlhelms und der Nazis ausgenutzt wurden, nahm als offizieller Vertreter der preußischen Regierung Regierungsrat Dr. Roeder teil.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter

Berlin, den 13. August 1931.

Nach den letzten Ermittelungen betrug die Zahl der in die Listen der Arbeitsämter eingetragenen Arbeitsuchenden in Berlin am 1. August 466 081. Davon erhielten nach den Feststellungen des Landesarbeitsamtes der Provinz Brandenburg nur 123 898 die volle Erwerbslosenunterstützung. 113 468 erhalten Krisenunterstützung. Die Zahl der aus den städtischen Mitteln unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen hat bis zum 1. August d. J. 168 000 überschritten. Der Rest, also mehr als 60 000 Erwerbslose, erhält keinerlei Unterstützung.

Nazi-Goebbels denunziert Scheringer

Berlin, den 13. August 1931.

Eine Gipfelleistung in Gemeinheit leistet sich der Angriff das nationalsozialistische Blatt in Berlin, in seiner gestrigen Abendausgabe. Unter der Ueberschrift „Welche Rolle spielt Scheringer bei den Bülowplatzmorden?" berichtet er an der Spitze des Blattes die unseren Lesern schon längst bekannte Tatsache, daß die Oberreichsanwaltschaft gegen den Genossen Scheringer ein neues Hochverratsverfahren eingeleitet hat und versucht, den Genossen Scheringer, der in Gollnow sitzt, in Verbindung mit den Vorgängen auf dem Bülowplatz zu bringen. Wörtlich heißt es in dem Hitlerblatt:

„Damit hat sich rasch genug das Schicksal eines jungen Offiziers erfüllt, dessen Tatendrang ihn erst vor wenigen Monaten bolschewistischen Verführungskünsten erliegen ließ. Er schrieb an die KPD, seiner Meinung nach habe der Nationalsozialismus darauf verzichtet, den bewaffneten Volksaufstand gegen die Ausbeuter Deutschlands im In- und Auslande vorzubereiten; da die aber die Kommunisten täten, ginge er nun zur roten Front über."

Dieses Geschreibsel ist nicht nur eine niederträchtige Denunziation, sondern auch eine schmierige Anbiederung an Brüning.

Bauernkampf gegen Zwangsversteigerung

In Rathenkrug bei Appenrade tagte eine Versammlung von 350 Vertretern der nordschleswigschen Ortsgruppen der Landvolkbewegung. In der Tagung, die sehr stürmisch verlief, wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der die Einstellung der Zwangsversteigerungen und Herabsetzung des Zinsfußes gefordert wird.

Diktator über den Gemeinden

Die Notverordnungspolitik der Brüning-Regierung wirkt sich auf allen Gebieten geradezu katastrophal aus. Die Lebenshaltung der Werktätigen wurde ungeheuer verschlechtert. In der Sozialpolitik wird abgebaut. Die Gemeinden wollen in dieser Front nicht fehlen. Was auf dem Gebiete der Drosselung der Sozialpolitik, der steuerlichen Massenbelastung durch die Brüning-Schlieck begonnen wurde, das wird in den Gemeinden durch die faschistisch-bürgerlich-sozialdemokratischen Gemeindevertretungen fortgesetzt. Wo die Gemeindekollegien ihren Bürgermeistern oder Ratskollegien nicht folgen — weil diese sich eine Agitationsfreiheit wahren wollen — dort hilft die Aufsichtsbehörde nach. In unzähligen Gemeinden ist in diesem Jahre der Haushaltplan mit dem rigorosesten Abbau und der Bewilligung der Bürgersteuer durch die Aufsichtsbehörde diktiert worden. In den Industriebezirken wurden die meisten Diktate ausgesprochen.

Der Bezirk Pirna ist ein außerordentlich starker Industriebezirk. Die deutschnationale Amtshauptmannschaft hat sich mit Unterstützung ihres Bezirksausschusses, der zur Hälfte aus SPD und Bürgerlichen besteht, als Diktator etabliert.

139 Städten und Gemeinden wurde die Bürgersteuererhöhung diktiert.

So wurden 38 Städte und Gemeinden angewiesen, die Bürgersteuer nach dem Landessatz und einem Zuschlag von 100—300 Prozent zu erheben. Unter diesen Städten befinden sich die Städte Stadt Wehlen, Berggießhübel und Gottleuba. Ferner wurden 101 Städte und Gemeinden, darunter die Städte Bad Schandau, Neustadt, Königstein, Heidenau, Liebstadt und andere angewiesen, zu der bereits eingeführten Bürgersteuer Zuschläge in Höhe von 100—300 Prozent zu erheben. In allen Fällen wird die Belastung rückwirkend ab 1. April 1931 durchgeführt werden.

Immer neue Massenbelastungen, das ist der Weg, auf dem Bürgerliche und Sozialdemokraten die Rettung des bestehenden Staates und seiner Gemeinden durchführen wollen. Die SPD hat trotz dieser sichtbaren Zeichen der Faschisierung der Verwaltungen der Gemeinden, die von ihren Leuten an der Spitze mit durchgeführt wird, noch den Mut, vom Schutz der Demokratie zu sprechen. **Die Arbeiter erkennen aber heute immer mehr, daß der Kampf gegen Sozialreaktion und Faschisierung nur geführt werden kann in breiter, außerparlamentarischer roter Einheitsfront. Sie reihen sich ein in die Kommunistische Partei, der einzigen Führerin im Kampfe gegen jede Massenbelastung und Sozialreaktion. Jeder Werktätige liest die Arbeiterstimme, Sprachrohr der Unterdrückten und Ausgebeuteten.**

Die unbesiegbare KP Bulgariens

Das bulgarische Beispiel im Spiegel des „Dresdner Anzeigers"

Die heutige Ausgabe des Dresdner Anzeigers enthält einen äußerst interessanten Beitrag des Sofioter Mitarbeiters über „die Bolschewiki in Bulgarien". Ohne uns über die selbstverständlichen Verdrehungen der Darstellung der Zusammenhänge mit dem bürgerlichen Journalisten auseinanderzusetzen wollen wir zur Information unserer Leser einige Absätze zitieren, deren Inhalt trotz der darin enthaltenen üblichen Verleumdungen den revolutionären Elan und den Opfermut der bulgarischen revolutionären Arbeiter und Bauern und ihren Kampf unter kommunistischem Banner erkennen läßt. Wir zitieren:

„**Die Kommunistische Partei war aufgelöst. Die kommunistische Bewegung schien auf lange Zeit ausgelöscht. Die Führer, soweit sie am Leben geblieben waren, flohen über die Grenzen nach Südslawien, nach Wien und nach Moskau. Alles erschien so ruhig und gezähmt, daß die Bildung einer Unabhängigen Arbeiterpartei" erlaubt wurde, die ein paar Sitze im Parlament erringen konnte. Die Sgoworregierung, besonders der auf den Ausgleich aller inneren Gegensätze bedachte Ministerpräsident Liaptschell, hofften, die extrem gesinnte Arbeiterschaft in ein legales, parlamentarisches — und polizeilich leichter zu überwachendes — Fahrwasser steuern zu können. In Wirklichkeit wurde die Arbeiterpartei in Theorie und Praxis die Nachfolgerin der aufgelösten Kommunistischen Partei, und es dauerte gar nicht lange, da tauchten von allen Seiten neue Gesichter auf, Bulgaren und Russen, die mit harmlosen Pässen versehen, Bulgarien als „Kaufleute", als „Wissenschaftler" bereisten. Daß es sich um Sendboten Moskaus handelte erfuhr die rührige Politpolizei in Sofia bald. Man nahm Verhaftungen vor, schob unerwünschte Ausländer ab — ein paar Leute „verschwanden" spurlos. Für jeden Verhafteten, Abgeschobenen, Verschwundenen kamen mehrere Ersatzleute, Zellen wurden gebildet, die Leitung der Arbeiterpartei ging nach und nach in die roten Hände Moskaus über, Komsomolzi kamen auf, Geheimdruckereien entstanden, eine kommunistische Zeitung nach der anderen erschien, wurde verboten, um ein paar Tage später als Geheimzeitung weiter zu erscheinen. In regelmäßigen Abständen deckte die Polizei Geheimbünde auf, örtliche Revolutionsausschüsse; ein paar tausend Jahre Zuchthausstrafen wurden auf Grund der Staatsschutzgesetze über die Verurteilten im Laufe der Zeit verhängt. Ansehnliche Beträge kamen aus Wien, aus Deutschland durch die „Rote Hilfe", das Geld fand sogar den Weg in die Gefängniszellen der politischen Häftlinge. Ausbruchversuche wurden organisiert, Hungerstreiks inszeniert. ...**

.... Die Sobranjewahlen im Juni haben nun gezeigt, in welchem Grade Moskau in Bulgarien wieder Fuß gefaßt hat. Die Unabhängige Arbeiterpartei, die vordem vier Abgeordnete im Parlament hatte, wird nun nach der Regierungskoalition Malinoff-Gischeff-Kulturkoff und der Sgoworopposition, mit 31 Abgeordneten als drittstärkste Partei ins Sobranje einziehen ..

... Die neue Regierung steht vor der schweren Aufgabe, die kommunistische Bewegung, die man durch ein Wahlmanöver bewußt entfesselt hatte, wieder einzudämmen. Schon wird der Gedanke erwogen, die Arbeiterpartei aufzulösen, die Bewegung für illegal zu erklären. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, daß damit nicht viel erreicht ist, weil die Kommunisten sich dann aufs Konspirieren verlegen würden, was dem Bulgaren an sich nicht schwer fällt. Ob die notdürftig im Gleichgewicht gehaltene innere Ruhe dadurch gewinnen würde, ist mehr als fraglich. Das Heilmittel, um Bulgarien von der bolschewistischen Strömung zu befreien ist noch nicht gefunden."